

# Hintergrund

Von Herbert Wulff

## Problem Leiharbeit

Nach dem radikalen Stellenabbau im Zuge der Krise boomt die Leiharbeit wieder. Die genauen Zahlen sind umstritten. Die IG Metall spricht von bundesweit rund einer Million derart Beschäftigter, von denen etwa 300000 in der Metall- und Elektroindustrie eingesetzt werden. Laut Unternehmerverband Gesamtmetall sind in der Branche hingegen lediglich 185000 Leiharbeiter tätig. Insgesamt seien es Mitte 2011 etwa 910000 gewesen – »Tendenz eher sinkend«. Zumindest Letzteres widerlegen Umfragen. Dem aktuellen IW-Zeitarbeitsindex zufolge, den das Institut der deutschen Wirtschaft im Auftrag des Bundesverbands der Personaldienstleister (BAP) erstellt hat, planen 60 Prozent dieser Firmen im ersten Halbjahr 2012 eine Aufstockung ihrer Belegschaft. Vor sechs Monaten lag die Quote noch bei 22 Prozent. Gesamtmetall-Chef Martin Kannegiesser: »Zeitarbeit als Instrument externer Flexibilität ist unverzichtbar. Wenn es ein solches Instrument nicht gäbe, müßte man es erfinden.«

Aus Sicht der IG Metall handelt es sich bei der Leiharbeit hingegen längst nicht mehr um ein Mittel zum Ausgleich von Auftragsschwankungen. Vielmehr würden regulär Beschäftigte durch Leiharbeit verdrängt. Mittlerweile werde jede dritte von der Bundesagentur für Arbeit angebotene Stelle von einem Verleihunternehmen gemeldet. Die Gewerkschaft sieht darin vor allem eine Form des Lohndumpings. Denn im Durchschnitt verdienen Leihbeschäftigte mit Fach- oder Hochschulabschluß 34 Prozent weniger als Festangestellte. Bei Arbeitern mit oder ohne Berufsausbildung liegt die Differenz gar bei 44 bzw. 46 Prozent.

Diese Diskriminierung geht die IG Metall nun von zwei Seiten an: Zum einen fordert sie bei den am 6. März beginnenden Tarifverhandlungen der Metallindustrie erweiterte Mitbestimmungsrechte der Betriebsräte beim Einsatz von Leiharbeitern. Zum anderen hat sie in der vergangenen Woche Verhandlungen mit den Zeitarbeitsverbänden BAP und iGZ aufgenommen, um Branchenzuschläge und Einsatzzulagen durchzusetzen. Unternehmerfunktionär Kannegiesser erklärte dazu, er könne vor Einsatzzulagen, über die in den einzelnen Betrieben verhandelt werden soll, nur warnen. »Sie schaffen nur Unfrieden in den Betrieben (...).« Branchenzuschläge, die allen in der Metallindustrie eingesetzten Leiharbeitern gezahlt würden, schloß Kannegiesser zwar nicht grundsätzlich aus, verlangte aber »einen Ausgleich an anderer Stelle«, wie die Ausweitung sachgrundloser Befristungen oder einen höheren Anteil an Beschäftigten, die 40 anstatt 35 Wochenstunden arbeiten. <https://www.jungewelt.de/artikel/179121.hintergrund.html>